

Unzeiger für den Kreis Pleß

Nikolaier Anzeiger Plesser Stadtblatt

Berenzpreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piaistowska 1

Anzeigenpreis: Die 8-gepaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gepaltene mm-Zeile im Reklameteil für Polen-Oberschl. 12 Gr., für Polen 80 Gr. Telegr. addresse: "Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Postnr. Pleß Nr. 52

Nr. 68

Mittwoch, den 8. Juni 1932

81. Jahrgang

Tag der Reichstagswahlen festgesetzt

Reichstagswahlen am 31. Juli — Hugenberg beim Reichskanzler Otto Braun scheidet aus dem preußischen Ministerium

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 6. Juni den Termin für die Neuwahlen des Reichstages auf Sonntag, den 31. Juli festgesetzt.

Lage in Preußen

Abschied des preußischen Ministerpräsidenten Braun vom Amt.

Berlin. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun ist, wie die "Vossische Zeitung" berichtet, am Montag einen Urlaub angetreten. Zu seinem Vertreter hat er den Wohlfahrtsminister Hirschfeld (Zentrum) bestellt, der von nun an als dienstältester Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett führen wird. Der Abschied Brauns aus dem Haus des preußischen Staatsministeriums in der Wilhelmstraße sei endgültig. Der Entschluß sei durch den gleichwählten Gesundheitszustand Brauns mit bestimmt worden. Aber Braun habe schon vor dem Zusammenbruch des Landtages erklärt, daß er nicht gewillt sei, etwa monatlang als geschäftsführender Ministerpräsident zu wirken. Ursprünglich hätten die beiden anderen sozialdemokratischen Minister des Kabinetts, Innenminister Severing und Unterrichtsminister Grümm, die Abseitung gehabt, dem Beispiel Brauns zu folgen. Sie seien aber von ihren Ministerkollegen dringend gebeten worden, noch auf ihren Posten auszuhandeln.

Berlin. Am Montag abend empfing nach einer Meldung des "Tag" Reichskanzler von Papen den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugo Berg, zu einer Aussprache, die man in parlamentarischen Kreisen mit der Preußenfrage in Verbindung bringe. Es seien weitere Empfänge von Vertretern der Nationalsozialisten und des preußischen Zentrums geplant. Ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen würden, lasse sich noch nicht übersehen.

Neurath über die deutsche Außenpolitik

Berlin. Freiherr von Neurath gewährte nach einer Meldung Berliner Blätter aus London einem Vertreter des Reuterbüros eine Unterredung, in der er u. a. erklärte: Es müßte für jeden unvoreingenommenen Beobachter klar sein, daß das neue deutsche Kabinett, das sich aus Männern guten Willens und gesunden Menschenverstandes zusammensetze, die zum größten Teil aus Beamte beträchtliche Schulung für ihre jetzigen Posten erhalten hätten, eine Regierung darstelle, die eingesetzt wurde, um die vielen schwierigen Probleme zu behandeln, denen sich Deutschland gegenübersehe. Wichtige Konferenzen ständen bevor. Wenn sie Erfolg haben sollen, so müsse die gesamte Frage in einem Geist der Zusammenarbeit zwischen allen auf diesen Konferenzen vertretenen Nationen in Angriff genommen werden. Er sehe mit Interesse dem Zusammentreffen mit den englischen Staatsmännern in Lausanne entgegen, mit dem er durch glückliche Erinnerung gemeinsamer Bemühungen für die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa verbunden sei.

Deutsches Direktorium in Memel

Anerkennung der Mehrheitsrechte im Memelland

Memel. Die Verhandlungen über die Direktoriumsbildung wurden am Montag vormittag zu Ende geführt. Das Ergebnis ist die Bildung eines rein deutschen Direktoriums. Der Führer der Volkspartei und Syndicus der Memeler Handelskammer, Dr. Schreiber, wurde zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Zu Landesdirektoren wurde der Landwirtschaftsparteier Siga und der Hauptlehrer Walgahn (Volksparteier) ernannt.

Schäffer zum Reichsarbeitsminister ernannt

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Berlin. Der neu ernannte Reichsarbeitsminister Hugo Schäffer steht im 57. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft stand er vorübergehend im Dienste der



Der neue Präsident des französischen Senats
Senator Jeanne, der als Nachfolger von Lebrun Präsident des französischen Senats wird.



Veteranenmarsch auf Washington

Bright Patman, Abgeordneter im amerikanischen Senat, ist der Führer der amerikanischen Kriegsteilnehmer, die jetzt den Marsch auf Washington angetreten haben, um dort ihre Fortdauerungen durchzuführen. Sie verlangen die Auszahlung eines Betrages von nicht weniger als 10 Milliarden Mark. Es mußte bereits die bewaffnete Macht eingreifen werden, da die Veteranen auf ihrem Marsch mit Gewalt ihren ganzen Lebensbedarf requirieren.

Washington. Aus allen Staaten wird der Amerikanisch weiter Kriegsteilnehmer-Gruppen auf Washington gemeldet. Am Dienstag wollen die Kriegsteilnehmer in Washington eine große Massenversammlung veranstalten. Die Polizei erklärt, daß weitere Unter kunftsräume sowie Lebensmittel nicht verfügbar seien. Dagegen sind den Kriegsteilnehmern für Donnerstag Lastwagen zum Abtransport zur Verfügung gestellt worden. Von den Führern der Bewegung wird erklärt, daß die amerikanische Regierung die Kriegsteilnehmer in den Jahren 1917 bis 1918 unterhalten habe. Das gleiche könne sie auch jetzt tun. Die Kriegsteilnehmer beabsichtigen, Washington zu besetzen und die Abstimmung des Kongresses über die Kriegsämter, die am 13. Juni stattfinden soll, abzuwerten. Alles Anschein nach ist der kommunistische Einfluß im Wachsen. Das Kriegsministerium hat Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Polnische Note an Danzig

Berlin. In der Angelegenheit der polnischen Botschaftspapage auf Danziger Gebiet hat nach einer Meldung Berliner Blätter aus Danzig der diplomatische Vertreter Polens, Papée, eine neue Note an den Senat gesandt. Papée bezeichnet darin die polnische Botschaftspapage als eine "Reaktion der polnischen Deffentialität auf die von den Danziger Behörden geführte und sogar geförderte Propaganda Danzigs gegen Polen". Hinsichtlich der erwähnten Flugblätter habe der Minister die zuständigen Eisenbahnbehörden beauftragt, den Organen der Eisenbahnpolizei "die notwendigen Anordnungen" zu erteilen. Die Note schließt mit dem Ersuchen, daß die Danziger Polizei sich künftig der Einmischung in die Kompetenzen der polnischen Eisenbahnpolizei enthalte. Papée spricht ferner die Erwartung aus, daß auch der Senat unverzüglich Maßnahmen ergreifen werde, um energisch "jeder polenfeindlichen Propaganda- und Botschaftsbewegung auf dem Gebiete der Freien Stadt entgegenzutreten".

Keine absolute nationalsozialistische Mehrheit in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin. Die Wahlleitung für die Wahl zum Mecklenburg-Schwerinschen Landtag gibt um 18 Uhr ein neues amtliches Ergebnis bekannt. Danach hat sich gegenüber dem zuletzt festgestellten Wahlergebnis die Stimmenzahl der kommunistischen Partei um 44 Stimmen vermehrt. Dies hat zur Folge, daß sich die Zahl der kommunistischen Sitze von 4 auf 5 erhöht. Nach diesem neuen Ergebnis ergibt sich für die Nationalsozialisten keine absolute Mehrheit. Der Landtag hat nunmehr ein parlamentarisches Kräfteverhältnis von 30:30.

Im einzelnen verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Sozialdemokraten	108 358	Stimmen, 18 Sitze
Kommunisten	27 006	" 5 "
Nationalsozialisten	177 029	" 30 "
Bürgerliche Arbeitsgem. der Mitte	7 899	" 1 "
Deutschationale B. P.	32 875	" 5 "
Arbeitsgemeinschaft nat. Mecklenburger	7 492	" 1 "
Sozialistische Arbeiterpartei	952	" 0 "

Einwanderungsverbot nach Amerika

Washington. Das Repräsentantenhaus nahm eine Vorlage an, wonach Kommunisten und Anarchisten die Einwanderung verboten wird und in den Vereinigten Staaten beständliche Kommunisten und Anarchisten des Landes verwiesen werden.

Weiter nahm das Repräsentantenhaus eine Vorlage an, wonach zwei Drittel der Bevölkerung aller Schiffe der Vereinigten Staaten Bürger der USA sein müssen.

